



Links: MitarbeiterInnen des Robert Koch-Instituts, 1936; rechts: Ehrung Robert Kochs durch Kranzniederlegungen anlässlich seines 25. Todestages, 1935

Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus

Das Bundesinstitut zur Krankheitsüberwachung
und -prävention stellt sich seiner Geschichte

Marion Hulverscheidt

Mitarbeiter des Robert Koch-Institutes (RKI) wussten von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von Menschenversuchen in Konzentrationslagern und Heil- und Pflegeanstalten, sie regten dazu an und beteiligten sich aktiv – so lauten die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Aufarbeitung der Rolle des RKI in der Zeit des Nationalsozialismus. Damit ist die Aufarbeitung der Vergangenheit aber nicht abgeschlossen.

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist eine zentrale Institution im deutschen Gesundheitswesen. Ob es um Fragen der Epidemiologie von Infektionskrankheiten, Fragen ihrer Überwachung oder um Impfeempfehlungen geht, die erhobenen Daten und die erbrachten Forschungs-

ergebnisse des staatlich finanzierten RKI finden sich in der gesundheitsbezogenen Tagespolitik.

Das RKI wurde 1891 als „Königlich Preussisches Institut für Infektionskrankheiten“ eingerichtet. Damit wurde für den Erstbeschreiber des Tuberkuloseerregers Robert Koch (1843–1910) eine Arbeitsstätte geschaffen, verbunden mit der Hoffnung, weiteren Erfolgen auf dem Gebiet der Infektionsforschung den Weg zu bahnen. Koch war zuvor für die Entdeckung eines vermeintlichen Heilmittels für Tuberkulose in der Öffentlichkeit gefeiert worden. Zwar wurde diese Erwartung enttäuscht, doch an der Institutsgründung wurde festgehalten. In seiner historischen Selbstdarstellung konzentrierte sich das RKI bisher auf seinen prominenten Namensgeber. Dies mag auch daran liegen, dass Koch

im Institut beerdigt ist und sein Mausoleum weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde.

Das Forschungsprojekt

Die Rolle des RKI in den zwölf Jahren des Nationalsozialismus, einer kurzen Spanne in der Geschichte des 118 Jahre alten Institutes, wurde erst jüngst von einer Forschergruppe umfassend aufgearbeitet: die Aktivitäten der RKI-Mitarbeiter, ihre Beteiligung, Anregung und Mitwissenschaft an Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie an inhumanen Menschenversuchen in Konzentrationslagern und Heil- und Pflegeanstalten. Ein wissenschaftlicher Beirat begleitete dieses vom RKI finanzierte Forschungsprojekt. Ziel war es, das wissenschaftliche und das politische Handeln der RKI-Mitarbeiter in der Zeit des Nationalsozialismus so vollständig wie möglich und ohne eine institutionelle Befangenheit zu erforschen, in Anlehnung an die erfolgreich abgeschlossenen Projekte zur Aufarbeitung der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Institute oder der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die wissenschaftlichen Felder, auf denen sich das RKI betätigte, waren mannigfaltig: Produktion und Qualitätskontrolle von Impfstoffen und anderen Seren, Virusforschung als moderne Wissenschaft, Seuchenbekämpfung, tropenmedizinische Forschung und Tuberkuloseforschung. Als biopolitische Institution und Forschungseinrichtung der staatlichen Gesundheitsverwaltung war das RKI für die biologistische, rassenhygienische Ideologie des Nationalsozialismus in besonderem Maße empfänglich. Aufgrund seiner Aufgabenstellung war es erheblich in die nationalsozialistische Gesundheitspolitik involviert.

Beteiligung an der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik

Im Frühjahr 1933 mussten mindestens zwölf WissenschaftlerInnen ihre Forschungen am RKI einstellen. Sie wurden, weil sie Juden oder jüdischer Abstammung waren, aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen. Für die Betroffenen bedeutete dies einen eklatanten Einschnitt im Leben, nicht nur in die wissenschaftliche Karriere. Aber auch für das Institut war dadurch eine gewichtige Zäsur gesetzt: Mit einem Schlag wur-

den fast der gesamte akademische Mittelbau und damit der wissenschaftliche Nachwuchs entfernt. Ganze Forschungsrichtungen wie die Allergologie und Bakterientypologie brachen ab. 1935 wurde das RKI dem Reichsgesundheitsamt angegliedert, ab 1942 erlangte es als freie Reichsanstalt eine formale Selbstständigkeit.

„Fälle von Protest sind nicht bekannt. Wir hätten uns mehr Courage im RKI erhofft.“

Die in der Zeit des Nationalsozialismus am RKI bearbeiteten Forschungsfelder – Malaria, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest, Seuchen, Serumforschung – waren dieselben, auf denen inhumane Menschenversuche durchgeführt wurden. Mitarbeiter des RKI wussten von diesen Versuchen, regten sie an und führten sie selbst durch, mit der Begründung, dass dies ja dem Wohle des Volkes diene. Im Rahmen des Forschungsprojektes ergaben sich keine sensationellen neuen Enthüllungen, doch wurde durch die umfassende Betrachtung deutlich, wie intensiv das RKI in die verbrecherische medizinische Forschung in Konzentrationslagern oder in Heil- und Pflegeanstalten eingebunden war.

Keine Mitschuld anerkannt

Umso schwerer war es bislang für das RKI als Institution, die Eigenbeteiligung und damit auch eine Mitschuld anzuerkennen. So war noch in der Denkschrift zum 100-jährigen Bestehen des RKI aus dem Jahr 1991 zu lesen: „Im Rahmen dieser Aufgabe [gemeint war die Impfstoffentwicklung und -prüfung] ließen sich einzelne Wissenschaftler (E. Gildemeister, G. Rose) in Abkehr von den am Institut seit jeher gültigen ethischen Normen, zum Teil über gleichzeitig wahrgenommene militärärztliche Funktionen, in die Umsetzung der menschenverachtenden Politik des nationalsozialistischen Regimes einbinden, indem sie die Erprobung von Impfstoffen am Menschen zumindest duldeten. Ihre Verstrickung in diese von SS-Ärzten vorgenommenen Versuche an KZ-Häftlingen wurde 1947 im ‚Nürnberger Ärzteprozess‘ verhandelt.“ (S. 65)

Bei den hier namentlich angeführten Eugen Gildemeister und Gerhard Rose

handelt es sich aber nicht um einzelne Wissenschaftler, sondern um den Präsidenten und den Vizepräsidenten des RKI. Das Verb „duldeten“ zeigt die verzerrte Wahrnehmung von angeregten tödlichen Menschenversuchen. Können überhaupt in der Wissenschaft „seit jeher gültige ethische Normen“ herrschen? Nein, sie werden historisch abhängig, kulturell und gesellschaftlich geprägt, und dies immer wieder neu. Der Nürnberger Code, der erst im Rahmen des Nürnberger Ärzteprozesses aufgestellt wurde, ist eine solche ethische Norm, die aber, schauen wir auf aktuelle Diskussionen wie die Stammzelledebatte, keinesfalls fest zementiert ist.

Aktive Rolle bei Menschenversuchen

Die Verflechtungen und die Kontakte zum Militär können nicht als Entlastung für die Mitarbeiter des RKI dienen. Denn an dem ehemaligen „Preußischen Institut für Infektionskrankheiten“ bestand schon lange eine wechselseitige und enge Beziehung zum Militär. Sanitätsoffiziere wurden am RKI ausgebildet, Abteilungsleiter des RKI hatten militärische Positionen inne.

Die Einbindung des RKI in die menschenverachtende Politik des nationalsozialistischen Regimes erfolgte zwanglos angepasst. Die Erprobung von Impfstoffen wurde nicht nur geduldet, sondern angeregt und selbst durchgeführt. Auch wenn sich 1943 der Vizepräsident Rose im Rahmen einer Tagung der beratenden Ärzte an der militärärztlichen Akademie kritisch über die Durchführung von Fleckfieberversuchen in Konzentrationslagern äußerte, so stieß er wenig später weitere Versuche auf diesem Gebiet nach demselben Prozedere an.

Im Konzentrationslager Buchenwald wurden verschiedene Fleckfieberimpfstoffe auf ihre Wirksamkeit erprobt. Um diese besser zu beurteilen, wurde neben einer geimpften Häftlingsgruppe eine ungeimpfte Häftlingsgruppe mit Fleckfieber infiziert. Die Menschen der Kontrollgruppe litten und starben, nur um den Unterschied zur Wirkung des Impfstoffes, der einen abgeschwächten Krankheitsverlauf erzeugte, eindrucklicher darzustellen. Sowohl Eugen Gildemeister als auch Gerhard Rose hatten die Fleckfieberversuchs-Station im Konzentrationslager Buchenwald besucht und das



MitarbeiterInnen des Robert Koch-Instituts, 1936

Leiden besichtigt. Widersprochen haben sie dem Versuchsaufbau nicht.

Werden Aktivitäten von Institutionen und Personen im Nationalsozialismus beschrieben, sind die Formulierungen oftmals schwerfällig und stereotyp, es wird nach „Verstrickungen“ gefragt. Bei der Institution RKI muss ebenso wie bei seinen Mitarbeitern und Abteilungsleitern bis hin zum Präsidenten klar von einer aktiven Beteiligung, einer breiten Mitwisserschaft und einer unkritischen Diensterfüllung ausgegangen werden.

Kriegswichtige wissenschaftliche Tätigkeit

Nach Beginn des Krieges kam es am RKI im Gegensatz zu universitären Instituten oder Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht zu einem Personalmangel. Dies lag jedoch nicht daran, dass die Mitarbeiter „uk-gestellt“, also aufgrund ihrer kriegswichtigen wissenschaftlichen Tätigkeit für „unabkömmlich“ erklärt worden wären, sondern weil sie nach der Einberufung zum Militär wieder an das Institut abgeordnet wurden.

Im großen Maßstab geschah dies mit Mitarbeitern der tropenmedizinischen Abteilung. Der Leiter der Abteilung, Gerhard Rose, war auch beratender Hygieniker der Luftwaffe. Aus dieser militärischen Stellung heraus wurde er 1944 Vorsteher der Abteilung für Fiebertherapie des Instituts für Wehrhygiene der Luftwaffe. Diese Einrichtung war in einer Heil- und Pflegeanstalt im thüringischen

Pfafferoode bei Mühlhausen untergebracht. Mitarbeiter der tropenmedizinischen Abteilung des RKI arbeiteten dort und wurden durch Mitarbeiter anderer Abteilungen des RKI unterstützt. So wurde eine Abteilung des RKI in personell konstanter Besetzung zu einer Abteilung der Luftwaffe. Die dort arbeitenden Wissenschaftler führten unter anderem Malariaversuche an den PatientInnen der Anstalt und an Kriegsgefangenen durch. Dies ist ebenso Teil der Instituts-geschichte wie die tödlichen und grausamen Massenversuche von Claus Schilling, der als ehemaliger Leiter der tropenmedizinischen Abteilung – 1936 wurde er pensioniert – ab 1943 eine Versuchsstation für Malaria im Konzentrationslager Dachau aufbaute.

Aufarbeitung nicht abgeschlossen

In einer Stellungnahme zu den Forschungsergebnissen hat der heute amtierende Präsident des RKI, Jörg Hacker, ausgeführt, dass das RKI die Einschätzung der eigenen Geschichte im Nationalsozialismus revidieren muss. Er stellte dabei nicht nur die intensive Mitwirkung und Mitwisserschaft von Institutsmitarbeitern bei den Menschenversuchen auf den Gebieten der Fleckfieber- und der Malariaforschung heraus, sondern auch den fehlenden Widerstand: „Fälle von Zivilcourage, von Protestbekundungen gegen das staatliche, das institutionelle und das individuelle Vorgehen sind nicht bekannt. (...) Wir hätten uns

mehr Courage im RKI erhofft.“ Ein spätes, aber notwendiges Eingeständnis.

Doch können damit die Aufarbeitung und die Erinnerung abgeschlossen sein? Nein. Die in den Publikationen des Forschungsprojekts gesammelten Fakten sind HistorikerInnen, die sich mit dem Thema „Medizin und Gesundheitswesen im Nationalsozialismus“ beschäftigen, schon lange bekannt. Das Ziel muss nun sein, diese Kenntnisse den MitarbeiterInnen des RKI zu vermitteln. Fortbildungen und Vorträge zur Rolle dieser zentralen Gesundheitsinstitution in der Zeit des Nationalsozialismus sind notwendig. Eine Stelle mit eigenem Etat für die Betreuung des Archivs am RKI könnte diese Aufgabe auch abdecken. Dann hätten an der Geschichte Interessierte eine Anlaufstelle – und eine dauerhaft zugängliche Dokumentation der Vergangenheit wäre gewährleistet. Das RKI hat immerhin beschlossen, am bereits begonnenen Neubau des Instituts ein Denkmal zu errichten. ■

Literaturempfehlungen

Annette Hinz-Wessels: Das Robert Koch-Institut im Nationalsozialismus. Kadmos Verlag, Berlin 2008.

Anja Laukötter, Marion Hulverscheidt: Infektion und Institution. Zur Wissenschaftsgeschichte des Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus. Wallstein Verlag, Göttingen 2009 (erscheint im Sommer).

Marion Hulverscheidt

geb. 1970, ist Ärztin und Medizinhistorikerin in Berlin.

m.hulverscheidt@web.de